

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (2019)
Heft: 4: Mühleberg vom Netz - Und Jetzt?
Rubrik: Energie aktuell

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

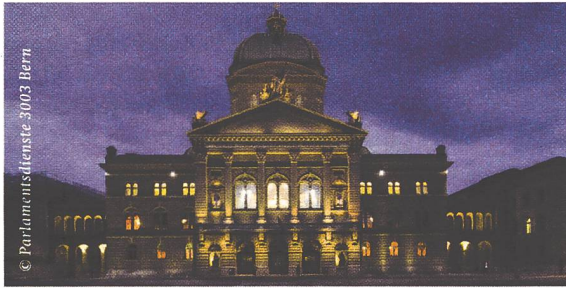
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

> CO₂-Gesetz: Stand der Dinge



fb. Seit Januar 2018 beschäftigt sich das Schweizer Parlament mit dem neuen CO₂-Gesetz für die zukünftige Klima- und Energiepolitik zwischen 2021 und 2030. Nächste Etappe: In der Frühlingsession 2020 berät der Nationalrat das CO₂-Gesetz. Kommt das Referendum der SVP wie angekündigt zu Stande, käme es frühestens im Herbst 2020 zur Abstimmung. Als Erstrat hat der Ständerat Massnahmen vorgeschlagen mit dem Ziel, den Ausstoss bis 2030 zu halbieren, sodass man 2050 auf Null ist. Dieser Vorschlag enthält schärfere Massnahmen, als sie der Bundesrat ursprünglich vorgeschlagen hatte. Doch will die Schweiz bis 2050 Netto-Null-Emissionen erreichen und damit die Ziele des Pariser Klimaabkommens einhalten, muss im CO₂-Gesetz ein deutlich höheres Inlandziel bis 2030 verankert werden.

> Die Gletscher-Initiative ist eingereicht



fb. Die SES hat zusammen mit vielen weiteren UnterstützerInnen am 27. November 2019 die Gletscher-Initiative bei der Bundeskanzlei eingereicht. Nach nur 7 Monaten haben mehr als 112'000 Bürgerinnen und Bürger die Initiative unterschrieben.

Das schnelle Zustandekommen zeigt den Wunsch der Bevölkerung, mehr für den Klimaschutz zu tun. Die Initiative ist nötig, weil die bisherige Politik den Verpflichtungen von Paris nicht genügend Rechnung trägt. Mit der Initiative sollen der Klimaschutz und die Zielsetzungen von Paris in der Verfassung verankert und die Treibhausgasemissionen der Schweiz bis 2050 auf Null gesenkt werden. Ab dann dürften keine fossilen Brennstoffe und Treibstoffe mehr verbrannt werden. Nun muss sich der Bundesrat mit der Initiative befassen.

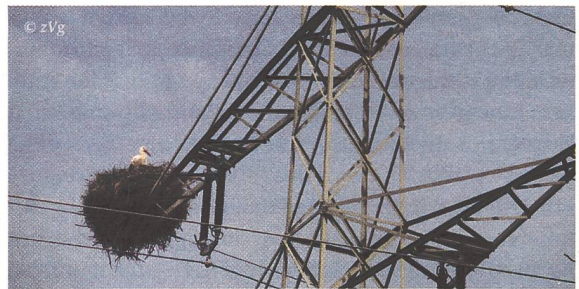
» www.gletscher-initiative.ch

> Energiestrategie: neue Ziele braucht das Land



fn. Wer den jüngsten Monitoring-Bericht des Bundesamts für Energie (BFE) zur Energiestrategie 2050 liest, kriegt das Gefühl, die Schweiz sei gut unterwegs. Die Richtwerte für den Ausbau der erneuerbaren Energien und für den Verbrauch von Energie für das Jahr 2020 werden problemlos erreicht. Längerfristig brauche es mehr Anstrengungen, räumt das BFE ein. Um die Richtwerte für das Jahr 2035 zu erreichen, muss das Tempo leicht gesteigert werden. Die Krux: Mit den Ausbauzielen für erneuerbare Energien bis 2035 wird gerade mal die Hälfte des Atomstroms ersetzt. Es ist aber höchste Zeit, endlich realistische Ziele, die mit den Herausforderungen des Klimawandels kompatibel sind, zu setzen. Die SES fordert eine vollständig erneuerbare Energieversorgung. Siehe auch S. 16/17.

> Strommarkt: flankierende Massnahmen nötig



fn. Ex-Bundesrätin Doris Leuthard wollte der Strombranche mit der Vorlage zur vollen Liberalisierung des Strommarkts ein Abschiedsgeschenk machen. In der Vernehmlassung kam allerdings von vielen Seiten – auch von der SES – die Rückmeldung, dass eine Öffnung ohne flankierende Massnahmen für den Ausbau erneuerbarer Energien nicht akzeptabel ist.

Dem trägt der Bundesrat jetzt Rechnung, indem er Ende September die neue Departementsvorsteherin des UVEK, Simonetta Sommaruga, beauftragt, eine Revision des Energiegesetzes auszuarbeiten. Parallel zur Liberalisierung sollen die Investitionsanreize in erneuerbare Energien verbessert werden, nicht zuletzt, um die Versorgungssicherheit zu stärken. Die SES wird die Vorlage unter die Lupe nehmen und Verbesserungsvorschläge einbringen.

› Einspeisevergütung frühzeitig abgeschafft



fn. Das Bundesamt für Energie (BFE) hat am 22. Oktober mitgeteilt, dass Photovoltaikanlagen bis Ende 2020 endlich weniger als ein Jahr auf zugesicherte Einmalvergütungen warten müssen. Das ist zwar immer noch zu lang, aber eine deutliche Verbesserung. Weiter steht in der Mitteilung, dass das BFE das Einspeisevergütungssystem mit einer letzten Freigabe im Juli 2020 abschafft. Das Gesetz sieht vor, dass es per Ende 2022 ausläuft (EnG Art. 38 Abs. 1). Auf der Warteliste wären nur noch wenige Projekte gewesen, es wären also neue, innovative Projekte möglich geworden, die sich mit einer Einmalvergütung nicht finanzieren können. Dank stark gesunkener Vergütungssätze hätten diese den Netzzuschlagsfonds wenig belastet. Diese Chance will das BFE offenbar nicht nutzen.

› Mehr Geräte, weniger Stromverbrauch



fn. Von 2002 bis 2018 hat die Anzahl Elektrogeräte von 35 auf 47 Mio. Stück zugenommen. Der Stromverbrauch dieser Geräte habe im selben Zeitraum aber um 11,8% auf 6,8 TWh abgenommen, heisst es in einer Mitteilung des Bundesamts für Energie (BFE) von Ende November. Bei den IT-, Büro- und Unterhaltungselektronikgeräten sind die Effizienzgewinne doppelt so gross wie bei Haushaltsgrossgeräten. In der Statistik nicht enthalten ist die graue Energie, die bei der Herstellung der Geräte anfällt. Diese macht insbesondere bei Unterhaltungselektronik viel aus: Für die Herstellung eines Smartphones werden 220 kWh benötigt, im Betrieb nur rund 1 kWh pro Jahr. Bei elektronischen Geräten lohnt es sich, sie möglichst lange zu verwenden und beim Kauf auf Langlebigkeit und Reparierbarkeit zu achten.

» Siehe www.energiestiftung.ch/graue-energie.html

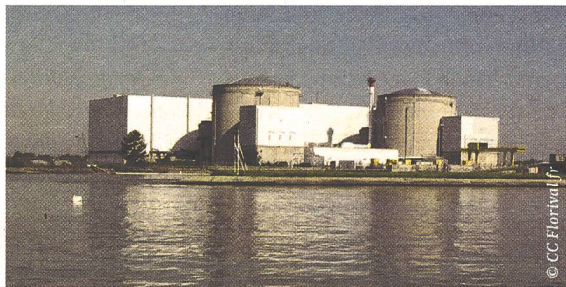
› Grossbank EIB steigt aus fossilen Energien aus



sb. Im November 2019 hat die Europäische Investitionsbank (EIB), die zu den grössten Banken der Welt gehört, entschieden, keine Investitionen in fossile Energien mehr zu tätigen. Bisher unterstützte sie z.B. die Gasindustrie, was sie künftig nicht mehr tun wird. Dafür versprach sie, in den nächsten 10 Jahren 1 Billion Euro für Klimaschutz und ökologische Nachhaltigkeit aufzuwenden. Investitionen in Atomkraft wird sie nicht ausbauen, nachdem diskutiert wurde, ob sie als Lösung gegen den Klimawandel zu sehen ist.

Praktisch gleichzeitig veröffentlichte die Ratingagentur Standard & Poors eine Einschätzung zur westlichen Atomindustrie und stellte ihr ein schlechtes Zeugnis aus. Wirtschaftlich sei sie wenig lukrativ und dürfte längerfristig keine Erneuerung erleben.

› Stilllegung AKW Fessenheim



sb. Nach jahrelangem Ringen um die Stilllegung des AKW Fessenheim hat sich nun die französische Regierung doch noch entschieden und nimmt es bis Mitte 2020 vom Netz. Lange wurde argumentiert, dass Fessenheim erst abgeschaltet werden kann, wenn das neue Atomkraftwerk Flamanville III am Ärmelkanal Strom liefert. Dessen kommerzielle Inbetriebnahme verzögert sich nach neuen Konstruktionsfehlern nochmals um mindestens 2 Jahre.

Für den Trinationalen Atomschutzverband TRAS, der von vielen schweizerischen, französischen und deutschen Gemeinden unterstützt wird, ist dies eine grosse Genugtuung. Schon lange setzen sich diese für die Schliessung des ältesten AKW Frankreichs ein und sehen sich nun bald am Ziel.